

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Gerd Mannes

Abg. Alexander König

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Uli Henkel

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion**

**"Nächste Krise verhindern, Bevölkerung wirksam schützen - Sichere Stromversorgung statt Blackout-Gefahr"**

Sie kennen das Prozedere: Grundsätzlich fünf Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. für eine Rednerin oder einen Redner zehn Minuten. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten können zwei Minuten reden. – Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Söder hat nun zum zweiten Mal den Katastrophenfall wegen Corona ausgerufen. Diese Maßnahme bringt keine nachvollziehbaren Vorteile für die Bekämpfung des Coronavirus. Es handelt sich vielmehr um reine Symbolpolitik und Panikmache ohne Mehrwert.

Wir als AfD-Fraktion sprechen heute über eine Problematik, die zu einer echten Katastrophe führen kann: Es geht um die Gefährdung kritischer Infrastruktur und hier besonders der Stromversorgung.

Das deutsche Stromnetz ist in das europäische Verbundnetz integriert. In der Stromversorgung steht also kein Land allein da, sondern das System schützt sich gegenseitig. Noch bis vor wenigen Jahren basierte das europäische Stromnetz auf einigen hundert zentralen Großkraftwerken mit bewährter und robuster Anlagentechnik. Die Anlagen leisten dabei in der Regel zwischen 500 und 1.500 Megawatt, sind also sehr leistungsfähig. Aber seit zwei Jahrzehnten schaltet Deutschland im Rahmen der Energiewende ein grundlastfähiges Großkraftwerk nach dem anderen ab. Dabei werden wichtige technische Aspekte wie Regelenergie, Frequenzstabilität und gesicherte Leistung ausgeblendet. Gleichzeitig errichtet man im Zuge der Energiewende Millionen

leistungsschwacher dezentraler Anlagen und bindet diese in ein komplexes digitales Netz ein. Die gesicherte Leistung nimmt dabei ab, weil Windkraft und Photovoltaik eine nichttechnische Verfügbarkeit von 99 bzw. 100 % aufweisen. Man baut also ein grundlastfähiges System mit wenigen Angriffspunkten in ein hochkomplexes digitalisiertes System mit zahlreichen Schwachstellen um.

Die volatile Einspeisung der erneuerbaren Energien und der Abbau von gesicherter Leistung durch Kraftwerksstilllegungen machen Deutschland zunehmend abhängig von Stromimporten. Die notwendige Digitalisierung des Energiesystems birgt zusätzliche Risiken durch Cyber-Angriffe, wie sie bereits im ukrainischen Stromnetz erfolgt sind. Zahlreiche verantwortliche Stellen reagieren deswegen bereits auf die Warnungen vor einem Blackout auch im europäischen Netzverbund.

Die von CDU und GRÜNEN geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein finanziert eine Notstromversorgung für alle Landkreise. Trotz oder gerade wegen seiner 3.000 Windräder braucht das Land nun zusätzlich eine Notstromversorgung mit Verbrennungsmotoren. Das ist ein unglaublich toller Effekt der Energiewende. Man hat dort also mittlerweile das Vertrauen in das Stromnetz verloren. Das hat eine besondere Ironie, weil Schleswig-Holstein mit sieben Gigawatt installierter Leistung bei der Windkraft bundesweit vorne liegt. Bayern, Herr Aiwanger, will da erst hinkommen.

Der Deutsche Bundestag wurde bereits im Jahr 2011 über die verheerenden Auswirkungen eines langandauernden Blackouts informiert. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe fordert die Bürger auf, sich auf einen Stromausfall vorzubereiten. Auch das bayerische Landwirtschaftsministerium warnt vor diesem Szenario und empfiehlt jedem Haushalt, Vorräte für zehn Tage anzulegen.

Betonen muss man auch, dass die durch Stromausfälle verursachten potenziellen schweren volkswirtschaftlichen Schäden gefährlich sind. Eine Stunde Stromausfall in ganz Bayern würde unsere Wirtschaft ungefähr 100 Millionen Euro kosten, ein Tag 2,3 Milliarden Euro, eine Woche 16,4 Milliarden Euro. Und das sind nur die direkten

Kosten durch Produktions- und Arbeitsausfall. Aber die möglichen finanziellen Verluste fallen kaum ins Gewicht im Vergleich zu den verheerenden gesellschaftlichen Auswirkungen eines großen Blackouts im Winter.

Wir wollen deshalb erreichen, dass die Bürger umfassend auf einen möglichst großflächigen Stromausfall vorbereitet werden. Auch die Risiken durch Cyber-Angriffe müssen wir zukünftig verstärkt in den Blick nehmen. Im Ausschuss haben wir hierzu einen entsprechenden Berichtsantrag gestellt.

Wir als AfD-Fraktion wollen sicherstellen, dass riskante Eingriffe in das Energiesystem zukünftig unterbleiben. Kopf- und planlose Kraftwerksstilllegungen sollen deswegen untersagt werden, wenn sie zu einer Unterdeckung bei der verfügbaren Leistung führen.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Gerd Mannes (AfD):** Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. – Die Versorgungssicherheit muss im Energiesektor Vorrang vor der grünen Ideologie haben. Ein großer Stromausfall muss verhindert werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Danke schön.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Jetzt entschieden handeln – Corona-Infektionszahlen in Bayern vor Weihnachten senken" auf Drucksache 18/11872 bekannt. Mit Ja haben 79 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 33 gestimmt, Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Der nächste Redner ist nun Kollege Alexander König von der CSU-Fraktion.

**Alexander König (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Bevölkerung zu schützen, ist immer wichtig. Die Frage ist, ob wir bezüglich unserer Stromversorgung Grund zur Sorge haben müssen. Die deutsche Stromversorgung ist nach allen Untersuchungen und Statistiken zuverlässig, auch im Vergleich mit den europäischen Nachbarn. Nur die Schweiz hat statistisch kürzere Versorgungsunterbrechungen als Deutschland. In Italien und Großbritannien gibt es hingegen mehr als doppelt so lange Versorgungsunterbrechungen als in Deutschland, in Frankreich dreimal so lange, in Spanien fällt der Strom fast viermal so lange aus, und zu meiner Überraschung sind die Versorgungsunterbrechungen in Schweden noch länger.

Ausgangswert ist Deutschland mit Versorgungsunterbrechungen von rund 15 Minuten im Jahr. Das erscheint Ihnen vielleicht viel – dies ging mir auch so –, weil Sie gefühlt im letzten Jahr gar nicht so lange ohne Strom waren. Subjektiv hängt diese Wahrnehmung wohl auch damit zusammen, dass wir einen Teil des Tages verschlafen.

Diese Versorgungsunterbrechungen sind für unsere Industriebetriebe in den Auswirkungen noch viel schlimmer als für die Bevölkerung. Dort können auch kürzeste Unterbrechungen große Schäden verursachen, wenn Anlagen zum Stillstand kommen, Chargen womöglich nicht gebraucht werden können, Anlagen erst wieder gereinigt und neu hochgefahren werden müssen. Deshalb ist eine sichere Stromversorgung nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für das produzierende Gewerbe eminent wichtig.

Nach Angaben der Bundesregierung und der zuständigen Bundesnetzagentur ist die Stromversorgungsqualität in Deutschland auf hohem Niveau. Der Saldo – und darauf kommt es an, Kolleginnen und Kollegen – der Kraftwerksleistung, also Produktion von Strom minus Spitzenlast, war bisher immer positiv und ist auch noch immer positiv. Grund zur Panikmache besteht daher nicht. Wir müssen uns aber mehr denn je darum

kümmern, weil mit dem Umbau unserer Energieversorgung von traditionellen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energieträgern neue Herausforderungen entstehen.

Kolleginnen und Kollegen, diese können aber bewältigt werden. Möglich erscheinende Engpässe haben verschiedene Ursachen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Stromerzeugung aus Wind und Sonne sind nicht alleine ursächlich. Auch langwierige Genehmigungen und lange Baumaßnahmen von Kraftwerken und Leitungen stellen ein Risiko dar. Sie wissen, dass wir beim Netzausbau hinterherhinken. Sie wissen auch, dass nicht zuletzt auch die Politik mit ihren Kapriolen zu diesem Hinterherhinken beigetragen hat. Aber auch Marktmächte, von der Politik verordnete Preise und andere, leicht zu übersehende Ursachen können Märkte beeinflussen, nötige Investitionen behindern – und damit ursächlich sein.

Die Bundesregierung verfolgt dem Grunde nach eine zweigleisige Strategie. Sie setzt einerseits auf die Stärkung der Marktmechanismen und andererseits auf Markteingriffe wie Ausgleichszahlungen für Kraftwerksbetreiber. Kolleginnen und Kollegen, wie immer lassen sich Argumente dafür und dagegen finden. Am Ende ist wichtig, dass die Versorgungssicherheit bei bezahlbaren Strompreisen weiterhin gewährleistet wird.

Wir halten den Weg für richtig, können uns aber auch weitere hilfreiche Maßnahmen vorstellen und setzen uns für diese auch ein. Mehr Handel und mehr Markt sind hilfreich. Das ist mit einer optimal aufgestellten Strombörse machbar. Wichtig ist auch die bedarfsgerechtere Einspeisung von erneuerbaren Energien. Natürlich helfen auch leistungsfähige Netze und Speicher.

Es gibt also Herausforderungen, es gibt aber – und das ist wichtig – vor allem auch Lösungen. Vor allem gibt es keinen Grund zu Panikmache; stattdessen gibt es allen Grund, die als notwendig erkannten Maßnahmen zügig umzusetzen.

Der Staatsminister, die Staatsregierung tut das im Rahmen ihrer begrenzten verfassungsrechtlichen Zuständigkeit in diesem Politikfeld Mögliche und Nötige. Die Bundes-

regierung hat die Probleme erkannt und ist dabei, die erforderlichen Maßnahmen Schritt für Schritt zu ergreifen.

Kolleginnen und Kollegen, die Stromversorgung muss sicher bleiben. Lassen Sie uns die bestmöglichen Maßnahmen diskutieren und möglichst zügig umsetzen!

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Ich darf an dieser Stelle noch einmal bekannt geben, dass zum Tagesordnungspunkt 5 eine namentliche Abstimmung stattfinden wird. Die nächste Rednerin ist nun die Kollegin Rosi Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Aktuelle Stunde spricht ein ganz wichtiges Thema an, nämlich den Blackout. Wir stellen fest: Der Blackout ist längst da, nämlich der Blackout der AfD in der Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe: Oje!)

– Ich wusste, dass Sie das freut. Man kann das Thema aber auch ernst und auf wissenschaftlicher Basis diskutieren. Wir müssen auch den Klimaschutz mitdenken. Das ist mit Ihnen natürlich nicht zu machen. Das weiß ich schon. Wir brauchen Ihren Input dafür aber auch nicht.

Wir können feststellen, dass unsere Gesellschaft in den letzten Jahren von der Stromversorgung extrem abhängig geworden ist. Die Älteren von uns können sich vielleicht noch gut daran erinnern, dass in ihrer Kindheit öfter mal das Licht ausgegangen ist. Das war selten ein Drama; man zündete eine Kerze an, und nach einer halben Stunde ging das Licht auch meist wieder an. Wenn nicht, dann war es auch nicht so schlimm. Das ist heute vollkommen anders.

Es ist nicht nur so, dass manche Leute nervös werden, wenn sie eine Stunde lang keinen Zugriff auf ihre Daten bekommen. Immer öfter sind industrielle Prozesse so fein

getaktet, dass schon Bruchteile einer Sekunde ohne Strom zu Produktionsausfällen und Millionenschäden führen können. Es stimmt: Die Gesellschaft hat sich in eine fatale Abhängigkeit von der Stromversorgung begeben. Die Gesellschaft hat sich damit auch sehr verwundbar gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Frage, dieses Problem muss man lösen. Aber nicht mit den Rezepten der AfD!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Lösungsvorschläge sind rückwärtsgewandt und von der Abneigung gegen erneuerbare Energien geprägt. Sie glauben allen Ernstes daran, es wäre damit getan, wenn man alte oder auch neue Atomkraftwerke im Stromsystem hätte und an den fossilen Kraftwerken festhielte. Das ist die eingeschränkte Sichtweise der AfD. Die Versorgungssicherheit durch Atomkraftwerke steht aber auf tönernen Füßen.

Schauen wir doch einmal nach Frankreich, das in jedem kalten Winter zittert, ob der Strom für die Elektroheizungen noch reicht. Im Februar 2012 und im Januar 2017 war Frankreich kurz vor dem Blackout – wenn Deutschland nicht geliefert hätte! Im Sommer hat Frankreich immer massive Probleme mit der Stromversorgung, weil die Flüsse zu wenig Wasser führen. Dann fehlt das Kühlwasser, und dann sind sie froh über den deutschen Sonnenstrom.

Wir brauchen aber gar nicht so weit zu schauen. Auch wir haben alte Atomkraftwerke, die ihre Versprechen längst nicht mehr erfüllen. Der letzte Siedewasserreaktor in Deutschland – der Reaktor C des AKW Gundremmingen – war in den ersten elf Monaten dieses Jahres über zwei Monate lang nicht am Netz. Zweimal wurde er wochenlang abgeschaltet, weil Brennelemente undicht waren und Radioaktivität aus dem Reaktor bis in das Maschinenhaus vordrang.

Das sollen die sicheren Reaktoren sein? Auf solchen Schrottreaktoren wollen Sie die Versorgungssicherheit aufbauen? Das soll eine bewährte und robuste Technik sein, Herr Kollege Mannes? – Niemals!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Dabei sind zentrale Strukturen genau das Problem, das die Gesellschaft so verwundbar macht. Sie haben die zentralen Strukturen ja so gepriesen. Ein einziger technischer Ausfall, aber auch ein terroristischer oder kriegerischer Angriff auf wenige zentrale Strukturen kann ganz schnell große Schäden auslösen. Hier haben die dezentralen Energien einen großen Vorteil. Ein Flugzeugabsturz auf ein Atomkraftwerk kann immense Schäden anrichten, zum Beispiel in meiner Heimat im Landkreis Landshut. Dort könnte ein ganzer Landstrich unbewohnbar werden. Ein Flugzeugabsturz auf ein Windrad wird in jeder Hinsicht überschaubar bleiben.

(Zurufe: Oje!)

Man muss aber gar nicht an solche terroristischen Szenarien denken.

(Zurufe)

– Sie haben ja anscheinend nicht genug Fantasie, sich das vorzustellen. Ich schon! – Es reicht vollkommen, wenn es zu einer Reaktorschnellabschaltung kommt. Was glauben Sie, was passiert, wenn unangekündigt von einer Minute zur nächsten 1.300 MW elektrische Leistung vom Netz genommen werden müssen? – Da wackelt die Frequenz mehr, als manchem lieb ist.

Die Blackout-Gefahr wird gerne auch damit begründet, dass heute immer mehr Netzeingriffe möglich seien. Zweifellos richtig ist, dass die Zahl der Netzeingriffe gestiegen ist. Die Praxis lehrt aber, dass nicht die Netzeingriffe, sondern der Ausfall der Steuerung das Problem ist. Da machen viele Menschen in den Leitzentralen der Energieversorger seit vielen Jahren sehr gute und sehr wichtige Arbeit. Sie haben in all den Jahren große Herausforderungen bestens bestanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deutschland hat im europäischen Vergleich mit die niedrigsten Stromausfallzahlen. Das haben wir vorhin schon vom Kollegen König gehört.

(Zurufe)

Die Versorgungsunterbrechung lag 2019 bei einem Wert von 12,2 Minuten. Im Vergleich dazu lag der Wert 2006 fast doppelt so hoch. Parallel dazu ist der Anteil der erneuerbaren Energien übrigens von 12,5 auf über 46 % gestiegen. Es besteht also überhaupt kein Grund, hier Panik zu schüren. Das können Sie ja am besten – viel mehr aber auch nicht!

Zusammengefasst möchte ich die Gefahr eines Blackouts nicht herunterspielen. Wir müssen sie im Blick behalten. Daran arbeiten schon viele Leute – übrigens schon lange, bevor es die AfD überhaupt gegeben hat.

Mit den einfachen Lösungen, mit Atomkraftwerken und ideologischen Begriffen wie "Zappelstrom" – diesen Begriff haben Sie heute noch gar nicht verwendet, vielleicht kommt das aber noch – kommen wir hier nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben mit Ihren Aussagen zum Thema Blackout gezeigt, dass Sie keine Lösung für die Zukunft haben. Sie hängen alten Technologien nach. Manchmal wird das mit angeblich neuen Reaktortypen kombiniert – davon hören wir heute vielleicht auch noch –, die aber nur auf dem Papier bestehen.

(Zuruf)

Sie haben keine Konzepte, Sie haben keinen Plan. Sie wollen die Rückkehr in die Fünfzigerjahre.

(Zuruf)

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, das braucht kein Mensch – genauso wie übrigens die AfD! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Als nächster Redner macht sich der Kollege Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf den Weg. Herr Ludwig, bitte schön.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein heimtückisches Virus ist nach wie vor das allgegenwärtige, brennendste und überlagernde Thema unserer Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor enormen Herausforderungen, diese Corona-Krise zu bewältigen, und ich glaube, heute Nachmittag ist uns die Brisanz in den vergangenen fünf Stunden mehr als deutlich geworden.

In diese prekäre Situation hinein propagiert uns nun die AfD ein weiteres Krisenszenario unter dem Motto "Bevölkerung wirksam schützen – Sichere Stromversorgung statt Blackout-Gefahr". Lieber Kollege Mannes, bei aller Wertschätzung: Sie vermitteln mit Ihrer Botschaft wieder einmal einen Hauch Weltuntergangsstimmung und ein abstruses Katastrophenszenario, was die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger betrifft. Ich muss dazu nur Ihren gleichlautenden Dringlichkeitsantrag von letzter Woche lesen, in dem Sie von "verheerenden Auswirkungen eines großflächigen Stromausfalls" warnen, von einer Empfehlung an die Bevölkerung sprechen, präventiv Vorräte anzulegen, um nicht zu sagen: Hamsterkäufe zu tätigen. Sie prophezeien einen "Kollaps der öffentlichen Ordnung", Sie sehen ein "unkalkulierbares Risiko bei der Digitalisierung des Energiesystems". Sie fordern immer wieder, wenn es um energiepolitische Themen geht, die Umkehr von erneuerbaren Energien zurück zu den fossilen Energieträgern, und kolportieren all diese Punkte als wichtige Kriterien der Versorgungssicherheit.

Ihre Thesen wollen Sie nun öffentlichkeitswirksam in einer Informationskampagne zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung positionieren. Dazu muss ich Ihnen sagen:

Mit solch einem absurden Vorschlag sind Sie völlig auf dem Holzweg. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall: Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen eine Aufklärung und Transparenz darüber, dass Sie eine reine Panikmache betreiben, dass Sie unnötige Ängste schüren, die völlig unbegründet sind. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Wir haben im Freistaat die höchste Stromversorgungssicherheit, und zwar weltweit. Bayern nimmt bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Deutschland gehört zu den Spitzenländern und setzt mit seiner sicheren und konstanten Stromversorgung auch europäische und internationale Akzente.

Meine Damen und Herren, die Zeichen der Zeit stehen längst auf erneuerbaren Energien. Neben der Solar- und Bioenergie ist zum Beispiel Windkraft eine tragende Säule unseres zukünftigen Energiesystems und somit einer der wichtigsten Pfeiler und Leistungsträger der Energiewende. Liebe Kollegen der AfD, ich habe eher den Eindruck, Sie versuchen permanent, durch immer neue illusorische Einfälle und Anträge abzulenken und zu suggerieren, worum es Ihnen eigentlich wirklich geht, nämlich die Energiewende zu verhindern, um Ihre eigenen Ideologien zu fokussieren. Diese Taktik ist durchschaubar. Sie reden die erneuerbaren Energien schlecht und säen viele Zweifel, um letztendlich wieder an der deutlich schmutzigeren Variante der Atomkraft festzuhalten. Als Befürworter der Kernenergie bringen Sie deshalb stets einen ganzen Katalog von immer neuen diffusen Behauptungen bezüglich der Energiewende und der Versorgungssicherheit. Ich bitte Sie: Akzeptieren Sie endlich, dass der Deutsche Bundestag schon 2011 mit überwältigender Mehrheit den gestaffelten, datumsscharfen Ausstieg aus der Kernenergie finalisiert hat, und auch der Kohleausstieg ist beschlossene Sache. In Deutschland und in Bayern gibt es ein klares Bekenntnis zu den erneuerbaren Energien, getragen von einem gesamtgesellschaftlichen Konsens.

Wir wissen, dass sich dadurch natürlich die Stromerzeugungsstruktur grundlegend ändert. Der Umbau unserer Stromversorgung weg vom umweltschädlichen Kohle- und Atomstrom hin zu sauberen erneuerbaren Energien stellt unser Stromnetz natürlich vor neue Belastungsproben. Wir sind aber ebenso überzeugt, dass die wegfallende

Stromproduktion aus der fossilen Kern- und Kohleproduktion durch einen gezielten Ausbau der erneuerbaren Energien kompensiert werden kann.

Die Sicherheit der Stromversorgung ist – klar – eine enorme Herausforderung, die es ambitioniert zu gewährleisten gilt. Ja, wir werden in Bayern vorübergehend sicher auch noch einen Teil des Stroms importieren müssen, zum Beispiel Wind aus Norddeutschland. Das hängt davon ab, wie schnell wir unsere Ausbauziele erreichen. Wir setzen dabei auf einen Energie- und Strommix mit den Kernelementen Sonne, PV auf Dächern und Freiflächen, Wind und Wasser, ergänzt durch Biomasse sowie die Flexibilisierung und Forcierung von Biogasanlagen. Grundlage hierfür ist die energiepolitische Agenda in den nächsten Jahren, das Bayerische Aktionsprogramm Energie. Darin sind alle zukunftsweisenden Ziele auf bayerischer Ebene und auch die Forderung auf Bundesebene dargelegt.

Meine Damen und Herren, der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung zur EEG-Novelle, über den wir hier auch schon diskutiert haben, setzt diese Bestrebungen konsequent fort. Ziel der Staatsregierung ist es, eine sichere, stabile, bezahlbare und nachhaltige Elektrizitätsversorgung zu gewährleisten, bürgernah und möglichst dezentral mit hoher regionaler Wertschöpfung. Die regenerativen erneuerbaren Energien sollen in Bayern – das wissen wir – bis 2025 70 % des Strombedarfs decken. Dafür ist es aber nicht unbedingt und zwingend erforderlich, dass der in Bayern benötigte Strom auch komplett hier erzeugt wird. Die alleinige Betrachtung einzelner Bundesländer ist hierbei meines Erachtens nicht zielführend. Entscheidend ist vielmehr, dass im gesamtdeutschen Energiesystem jederzeit – jederzeit – ausreichend Erzeugungsleistung zur Deckung der Nachfrage zur Verfügung steht und ebenso ein ausreichend dimensioniertes Netz zum Transport des Stroms.

Ihre Befürchtung, dass Deutschland aufgrund der Energiewende zum großen Stromimporteur mutiert, lässt sich mit Blick auf die Fakten ebenso wenig bestätigen. Deutschland hat zum Beispiel 54 Terawattstunden im Jahr 2019 exportiert

(Zuruf)

und 24 Terawattstunden importiert; also gerade das Gegenteil Ihrer Darstellung, Herr Mannes, ist der Fall. Für eine Energieunterversorgung gibt es aus hiesiger Sicht keine Anzeichen, und die Gefahr eines Blackouts heraufzubeschwören halte ich wirklich für verantwortungslos.

Meine Damen und Herren, die Verantwortung für die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems obliegt den Netzbetreibern. So werden zum Beispiel auf der Basis der von ihnen erstellten und von der Bundesnetzagentur geprüften jährlichen Systemanalysen, sogenannten Winterberichten, auch in Zukunft temporär konventionelle Kraftwerke als Netzreserve zur Verfügung stehen, um die Parameter Frequenz und Spannung zu gewährleisten. Verschiedene Vorsorgemaßnahmen sind bereits auf den Weg gebracht:

Erstens. Übertragungsnetzbetreiber besitzen schon eine Reihe von Handlungsinstrumenten, um diese Stabilität zu gewährleisten. Dazu gehören netzbezogene Maßnahmen – sprich: Netzschaltungen – und sogenannte Redispatch-Maßnahmen aus Reservekraftwerken. Damit werden Schwankungen im deutschen Stromnetz ausgeglichen.

Als weitere Maßnahme wird, zweitens, der geplante Ausbau der Stromnetze die Versorgungssicherheit in Bayern stärken, insbesondere durch die Weiterentwicklung von intelligenten Netzen, sogenannten Smart Grids. Wir begrüßen eine Optimierung bzw. den bedarfsgerechten Ausbau der Übertragungsnetze, der aber ausdrücklich auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt sein soll.

Drittens. Auf Drängen Bayerns wurde die Möglichkeit für neue konventionelle Kraftwerke geschaffen, die als besondere netztechnische Betriebsmittel von den Übertragungsnetzbetreibern vorgehalten werden können. Diese netztechnischen Betriebsmittel – in der Regel sind es Gaskraftwerke – dienen dazu, die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems wiederherzustellen. Bis 2022 sol-

len in Süddeutschland Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 1,2 Gigawatt bezuschlagt sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend sagen: Mit der Energiewende verfolgen wir grundsätzlich und vehement die gesetzlich bindenden Ziele des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und des Pariser Klimaabkommens. Vor allem unser Wirtschaftsminister – und ich sage gern: Energiearchitekt – Hubert Aiwanger stellt dafür die richtigen Weichen, sowohl gesetzgeberisch als auch als starker bayerischer Interessenvertreter und Mentor in den bundesdeutschen Verhandlungen. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fazit: Wir FREIEN WÄHLER setzen auf die technologieoffene Energiewende, einen sinnvollen Energiemix, ergänzt durch den intelligenten Ausbau der Verteilnetze, und wir setzen auf dezentrale Reservekapazitäten; nicht zu vergessen unsere neue, kürzlich vorgestellte Bioökonomiestrategie sowie die innovative Wasserstoffstrategie. H<sub>2</sub> ist das Multitalent der Energiewende. Wasserstoff ist Brennstoff, Wasserstoff ist Speicher, Wasserstoff ist Energietransportvektor. Meine Damen und Herren, all diese Maßnahmen schaffen Synergieeffekte und garantieren Stabilität, Nachhaltigkeit für Versorgungssysteme sowie Netzsicherheit. Sie sind Grundlage für künftigen Wohlstand und Wirtschaftswachstum in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Als nächste Rednerin spricht Annette Karl für die SPD-Fraktion.

**Annette Karl (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die sichere Stromversorgung ist ein wichtiges Zukunftsthema. Es eignet sich überhaupt nicht für irgendwelche Angstszenarien, aber Panikmache ist ja leider Ihr Geschäftsmodell. Es geht darum, die Herausforderungen bei diesem Thema zu be-

nennen und klare Handlungsansätze vorzuschlagen. Die SPD hat dabei eine klare Grundlage, nämlich: Die Stromversorgung muss sauber, sicher und bezahlbar sein. Zu diesen drei Punkten möchte ich einige kurze Anmerkungen machen.

"Sauber" heißt für uns, Strom in der Zukunft nicht klimaschädlich oder gefährlich zu erzeugen. Das heißt, wir halten – und das könnte sich die AfD auch einmal hinter die Ohren schreiben – weiter am Ausstieg aus Atom und Kohle fest. Wir sind der Meinung, das hätte vom Zeitplan her etwas ambitionierter sein können, aber diese Ausstiege sind unumkehrbar.

Das bedeutet aber auch: Wir müssen die erneuerbaren Energien massiv ausbauen und in Bayern einen Fokus auf Nachhaltigkeit legen. Das bedeutet: Wir müssen als Allererstes die 10-H-Regel abschaffen, statt Windkümmerer als Alibiveranstaltung zu installieren. Die Offshore-Windkraft muss stark gepusht werden. Wir brauchen endlich die Photovoltaik-Pflicht auf Neubauten. Die Staatsregierung hat dies angekündigt, aber es geht eben nicht nur um Ankündigungen, sondern auch um die Umsetzung. Bei den Biogasanlagen müssen wir den Kreislaufwirtschaftsgedanken auf Bauernhöfen wieder stärken. Das heißt, wir brauchen eine bessere Förderung von kleinen Biogasanlagen und Gülleanlagen.

Sichere Energieversorgung, sichere Stromversorgung heißt, wir brauchen Strom unterbrechungsfrei in ausreichender Menge. Die Energiewende darf weder in Bayern noch in Deutschland zu einer Deindustrialisierung führen. Der Strombedarf wird nach allen Berechnungen trotz aller Einsparmaßnahmen auch in Deutschland und in Bayern in den nächsten Jahren massiv steigen. Das liegt an einer verstärkten E-Mobilität, an der Digitalisierung, die unheimlich viel Energie braucht, und vielen anderen Dingen mehr. Dieser Strombedarf muss dann ohne Kohle- und ohne Atomstrom gedeckt werden. Dabei muss gelten: So viel zentrale Erzeugung wie nötig und so viel dezentrale Erzeugung wie möglich.

Die Erzeugung und Verteilung finden aber immer vor Ort statt. Das heißt, wir müssen die Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung beteiligen, um die Akzeptanz erneuerbarer Energien zu steigern. Wir fordern deshalb einen Zukunftspakt Energie mit transparenten Ausbaupfaden und Wegen der Zielerreichung, der verbindliche Ziele zwischen Bund, Ländern und Kommunen aushandelt. Dabei geht es darum, die Strominfrastruktur anzupassen. Wir müssen den Stromtransport von Nord- nach Süddeutschland organisieren, weil uns sonst zwei Strompreiszonen drohen. Auch hier brauchen wir ein klares Bekenntnis zu den HGÜ-Trassen. Das gilt übrigens auch für die FREIEN WÄHLER. Man kann nicht in Berlin das eine und vor Ort genau das Gegenteil sagen.

Wir müssen die dezentrale Stromerzeugung mit Genossenschaften und anderen Modellen stärken. Aber auch das hat Auswirkungen auf die Stromnetze, nämlich auf die Verteilnetze. Zur Wahrheit gehört, dass wir den Bürgern sagen müssen, dass die Energiewende die Landschaft verändern wird. Wir müssen hier mit den Bürgern zusammen Lösungen entwickeln. Das Sankt-Florian-Prinzip – also überall gerne, aber nicht vor meiner Haustür – ist da sicher keine Lösung. Wir brauchen einen Ausbau moderner Technologien, wie Wasserstofftechnologien aus grünen Quellen und vieles andere mehr.

Ich komme noch kurz zur Bezahlbarkeit. Die Bezahlbarkeit muss sowohl für die Wirtschaft – das ist heute schon erwähnt worden – als auch für die Bürgerinnen und Bürger gelten. Wir brauchen deshalb Instrumente wie den Mieterstrom. Wir brauchen eine stärkere lokale Wertschöpfung, und wir müssen die Redispatch-Kosten durch einen Ausbau der Infrastruktur senken. Wir möchten aber noch weiter gehen. Wir möchten auf der Bundesebene die EEG-Umlage bis zum Jahr 2025 komplett abschaffen. Das bedeutet nicht ein Ende der Förderung, aber eine andere Finanzierung, und zwar über CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine Stromsteuer und die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen. Das ist viel weniger Bürokratie.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Frau Kollegin, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

**Annette Karl (SPD):** – Nur noch ein Satz. – Genauso ist eine Infrastrukturabgabe statt des komplexen Systems der Netzentgelte anzustreben. – In diesem Sinne herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

**Albert Duin (FDP):** Verehrtes Präsidium – –

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Duin, Sie dürfen die Maske zum Reden abnehmen. Danach haben Sie das Wort.

**Albert Duin (FDP):** – Stimmt, ich habe das vergessen. Ich habe mich schon an sie gewöhnt. – Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja schon einiges gehört. Der Ausgangspunkt war der Antrag der AfD. Die meisten Redner haben sich damit zufriedengegeben, einfach mal verbal auf die AfD draufzuhauen, weil der Antrag von der AfD kommt – das ist ja auch in Ordnung, das ist auch richtig, aber viele Dinge muss man auch von der Sache her betrachten.

(Zurufe)

Die Angst vor einem Blackout, die von dieser Seite geäußert worden ist, wurde von uns allen negativ beschieden. Das stimmt tatsächlich; denn wir haben in Deutschland die geringsten Ausfälle überhaupt. Wir haben vorhin von 15 Minuten in Deutschland gesprochen, aber tatsächlich sind es nur 10,82 Minuten in Bayern. Nichtsdestoweniger – ich bin ja ein Unternehmer und stelle Transformatoren her –, wenn bei mir auch nur eine halbe Sekunde lang der Strom ausfällt, ist der Zähler tot. Ich kann dann das

ganze Kupfer herunterschneiden und von vorne anfangen. – Wie gesagt, wir wollen natürlich möglichst keinen Ausfall.

Wir haben zum Schluss gehört, dass der Preis stabil sein muss. Annette, du hast vollkommen recht. Es ist schon eigenartig: Nach Berechnungen müsste die EEG-Umlage im nächsten Jahr eigentlich auf 9,56 Cent steigen.

(Zuruf: Ja!)

Dann wird das gedeckelt auf 6 Komma noch was Cent, damit sich die Bevölkerung gut fühlt, und den Rest zahlt dann der Staat, also der Steuerzahler. Also Leute, das ist doch keine Politik, damit kann man doch nicht mehr arbeiten. Das ist eigentlich eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der FDP)

– Danke. – Ich komme noch einmal zu diesem Schreckgespenst des Blackouts. Diese Panikmache bringt uns nicht weiter. Uns muss bewusst sein, dass Deutschland keine Insel in Europa ist, also Bayern auch nicht. Wir werden gut vom Ausland mit Strom versorgt. Wir haben vorhin gehört: Wir versorgen das Ausland mit überschüssigem Strom. Aber es ist auch so: In dem Moment, in dem wir zu wenig Strom haben, versorgt das Ausland auch uns. Das zeigt, es ist ein europäisches Projekt, auf das wir uns hinbewegen müssen, nämlich dass wir uns gegenseitig helfen. Das kommt ja speziell immer von den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN, weil wir so großartig mit der Eigenversorgung sind. – Ganz ehrlich, die langt uns hinten und vorne nicht. Wir brauchen die HGÜ. Wir brauchen den Strom aus Norddeutschland, der von den Küsten hierherkommt, weil sie dort jede Menge haben. Alles andere ist Quatsch. Wir können uns nicht selber versorgen.

Es gibt aber super Ansätze. Ich habe neulich das Schachtkraftwerk in Großweil besucht. Das ist super. Das macht echt Hoffnung. Das ist fast kein Eingriff in die Natur. Das ist super. Es ist stabil, es ist eine saubere Energie, und es ist Wahnsinn, was

darin an Effektivität steckt. Der Unterschied zwischen Norddeutschland und Süddeutschland darf auf keinen Fall zu zwei Preiszonen führen. Das wäre Irrsinn. Das darf auf keinen Fall sein.

Jetzt kommen wir einmal zu den Speichern. Ganz ehrlich, elektrische Speicher, Batterien oder Akkus, wie man so schön sagt, sind nur für den Minutenbereich, vielleicht sogar nur für den Sekundenbereich geeignet. Wenn man auf Speicher setzt, sind große Speicher in ganz anderer Form zu nehmen. Wir hören auch immer bei der Antriebstechnik, wir nehmen Wasserstoff. Wasserstoff muss erst einmal erzeugt werden. Er muss umgewandelt werden. Er ist nicht vorhanden. Das ist der zweite Schritt und nicht der erste Schritt. Wenn wir so viel erneuerbare Energien haben, dass wir damit Wasserstoff herstellen können, dann haben wir das Problem gelöst. Das können wir auch weltweit so transportieren.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft geht davon aus, dass es ein Zusammenspiel von Batteriespeichern und Gas geben wird. Das, glaube ich, wird die Zukunft sein. Wir werden auf alle Fälle eine Brückentechnologie brauchen, damit wir eine sichere Energieversorgung haben, und das wird Gas sein. Daran geht kein Weg vorbei.

Der Kernkraft gegenüber waren wir in der Vergangenheit – ich auch – immer sehr positiv eingestellt. Ich bin doch aber nicht blöd. Ich reite doch kein totes Pferd. Nachdem, was wir in Deutschland jetzt haben, ist die Bevölkerung gegen Kernkraft. Warum soll ich der Bevölkerung irgendetwas vor die Türe stellen, das sie nicht haben will? – Ich bin aber sehr wohl dafür, dass wir über die Kernfusion forschen. Dazu haben wir schon einmal einen Antrag gestellt. An der Kernfusion sollten wir weiter dranbleiben und sie nicht von vornherein ablehnen, weil sie ein Teufelswerk ist. Wir müssen technologieoffen für die Zukunft sein. – Jetzt, auf die Sekunde, bin ich fertig. Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön, Herr Duin. – Nächster Redner ist der Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion.

**Sandro Kirchner (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Albert Duin, du hast vollkommen recht. 2012 war der Ausstieg aus der Kernenergie eine klare gesellschaftliche Entscheidung. Deswegen sind auch die Energieversorgung, die erneuerbaren Energien und die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier im Haus muss uns aber auch klar sein, dass die Rahmenbedingungen dafür auf der Bundesebene oder sogar auf der europäischen Ebene gesteckt werden und dass wir, der Bayerische Landtag oder der Freistaat Bayern, nur bedingt auf die Energieversorgung in Bayern Einfluss nehmen können. Deswegen dürfen wir nicht müde werden und müssen aufpassen, dass wir unser energiepolitisches Dreieck nicht aus den Augen verlieren: die Bezahlbarkeit, die Versorgungssicherheit und die Umwelt- und Klimaverträglichkeit.

Albert, du hast vollkommen recht. Wenn wir über Energie oder Strom sprechen, sind mir die Stromkosten, die die Bürgerinnen und Bürger in Bayern zu tragen haben, ein Dorn im Auge. Wir haben mit die höchsten Stromkosten auf der ganzen Welt zu tragen, und das ist nicht mehr zumutbar für die Bürgerinnen und Bürger, für das Handwerk, für den Mittelstand und die mittelständische Produktion. Wir müssen aufpassen, dass an dieser Stelle der Bogen nicht überspannt wird.

Wir wissen auch, dass wir in Bayern eine sehr energieintensive Industrie haben, die in einem globalen Wettbewerb steht. Deswegen – das sei an dieser Stelle wiederholt – brauchen wir dringend einen Industriestrompreis von weniger als 40 Euro pro Megawattstunde, um wettbewerbsfähig zu bleiben. In Frankreich funktionierte das vor der Europäischen Union. Warum soll es dann nicht einheitlich auf europäischer Ebene geregelt werden können? Wenn sich dann nämlich die anderen auf die Schulter klopfen und sagen, wir haben weniger Energie in Bayern und in Deutschland verbraucht, bedeutet das, dass CO<sub>2</sub> an anderer Stelle emittiert wird.

Zur Versorgungssicherheit: Der Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Kohlekraft ist beschlossene Sache. Damit ist auch zwangsläufig klar – das brauchen wir im Landtag nicht immer vorgerechnet bekommen –, dass Bayern Stromimporteur wird. Das ist mathematisch und logisch begründbar. Das ist so, damit müssen wir uns abfinden. Wir müssen uns auch damit abfinden: Der Strom kommt nicht mehr aus der Steckdose und ist damit grün, sondern dass er aus einem europäischen Verbundnetz kommt, wobei es im Moment egal ist, aus welcher Quelle er erzeugt wird.

Kommen wir zu dem Strom, der in unserer Verantwortung liegt, der eben in Bayern oder in Deutschland generiert wird. Mich wundert es schon, dass Rosi Steinberger heute den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern gelobt und wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat. Sie hat dargestellt, wie erfolgreich man damit schon ist. Das habe ich zur Kenntnis genommen – nicht mit dem Kopf schütteln, das steht im Protokoll. Natürlich müssen wir aber die Menschen beim Ausbau der erneuerbaren Energien mitnehmen und diesen Ausbau auch gestalten. Wichtig ist aber auch, dass wir die erneuerbaren Energien in den Fokus rücken, die tatsächlich für die Versorgungssicherheit eine Rolle spielen, die grundlastfähig sind, so zum Beispiel Biomasse und Geothermie, allen voran aber die Wasserkraft. Da bin ich schon etwas irritiert, dass die Wasserkraft als erneuerbare Energie an anderer Stelle oft verhindert bzw. behindert wird.

Wir benötigen auch Brückentechnologien wie Gas, intelligente Netze oder Speicher wie den Wasserstoff und die Forschung über neue Energieformen. Lassen Sie uns zu den Gaskraftwerken kommen. Sie alle wissen, dass wir hier im Hohen Haus eine Anhörung zu Gaskraftwerken gehabt haben, bei der alle Interessenverbände und alle politischen Vertreter ganz klar einräumen mussten, dass wir bei unserer Energiewende an Gaskraftwerken nicht vorbeikommen. Gaskraftwerke brauchen wir eine gewisse Zeit für die Überbrückung. Wir brauchen sie für die Versorgungssicherheit, für die Flexibilität und auch für die Netzstabilität. Wir können sie als Brückentechnologie nutzen, weil mit den Pipelines und mit dem Gasnetz eine tolle Infrastruktur vorhanden ist, mit

der in der Zukunft auch die Einbindung anderer Medien über Power-to-X oder eben den Wasserstoff, den wir in Bayern großschreiben, verbunden ist.

Bayern ist sehr proaktiv und versucht, die netztechnischen Betriebsmittel, die der Kollege Ludwig angesprochen hat, einzufordern. Es ist uns gelungen, für Süddeutschland oder den süddeutschen Bereich diese 1,2 Gigawatt zu bekommen. Da dürfen wir aber nicht müde werden. Wir müssen auch aufpassen, dass das auch tatsächlich umgesetzt wird, denn es ist ein zäher Prozess. Bislang ist es gelungen, von diesen 1,2 Gigawatt 900 Megawatt zugeteilt zu bekommen. 300 Megawatt sind es in Bayern, 300 Megawatt in Baden-Württemberg und 300 Megawatt in Hessen.

Herr Mannes, wenn wir über Versorgungssicherheit sprechen, kann man bei Google nachschauen, wie die Netzreserve oder die Reservekraftwerksleistungen geregelt sind. Es gibt eine Netzreserveverordnung. Von der Bundesnetzagentur wird jährlich eine Systemanalyse durchgeführt und die zukünftig erforderliche Kraftwerksreserve bestimmt. Für den Winter 2020/2021 kommt eine Reserve von 6,596 Megawatt oder, auf 2024/2025 hochgerechnet, eine Reserve von rund 8 Megawatt heraus. Damit sind beide Betrachtungsräume abgesichert, und es steht genügend Energie zur Verfügung.

Kommen wir zum Wasserstoff. Darüber haben wir hier im Hohen Haus auch schon oft gesprochen. Wasserstoff ist ganz klar die zentrale Säule der Energieversorgung der Zukunft. Er ist ein Schlüssel für Klimaschutz, Innovation und natürlich auch Wertschöpfung. Bayern ist dabei Innovationstreiber. Mit der Wasserstoffstrategie und dem Wasserstoffzentrum werden Meilensteine gesetzt. Gerade der für Bayern wichtige Bereich Cleantech wird damit vorangetrieben. Wir haben jetzt in einer Pressemitteilung unseres Ministers lesen können, dass auch bei Bosch in Bamberg die Brennstoffzellentechnologie vorgebracht wird und dass auch dort Innovation stattfinden wird. Das ist wichtig für die Speichertechnologie, um eben erneuerbare Energien grundlastfähig zu machen. So einfach die Logistik an der einen oder anderen Stelle im Land erscheint, muss aber auch, wie der Kollege Ludwig vorhin gesagt hat, diese Energie von außerhalb zu uns gebracht werden, um verwertet werden zu können. Die Nutzung ist

natürlich auch vielfältig, einmal zum Beispiel in den Gaskraftwerken, die angesprochen worden sind, aber auch in der Industrie und in vielen anderen Bereichen, und damit ist sie wichtig für den Klimaschutz und die anderen Themen.

Wichtig ist aber auch – und darüber sprechen wir fast nie – die Entwicklung neuer Technologien. Da ist auch der Freistaat Bayern sehr präsent. Es gibt verschiedene Forschungsaufträge für die TU, aber auch das Bayerische Energieforschungsprogramm, den Energie Campus, der diese Themen begleiten. Es gibt Institute wie Helmholtz oder die Universität in Erlangen, die an LOHC und an anderen Themen arbeiten. In Summe werden dafür auf verschiedenen Ebenen rund 200 Millionen Euro ausgegeben.

Wenig beachten wir auch, dass wir tolle Start-ups haben. Wir reden bei Start-ups immer über Künstliche Intelligenz oder Robotik. Wir haben aber auch tolle Start-ups in Bayern, die sich mit der Energieversorgung auseinandersetzen, die dort sehr innovativ sind, neue Energien entwickeln, neue Netzmethoden, Digitalisierung und auch Künstliche Intelligenz in der Energieversorgung entwickeln. Auch damit ist Bayern sehr breit aufgestellt, damit uns in Zukunft die Luft nicht ausgeht.

Wir durften vor Kurzem bei einer politischen Veranstaltung meiner Fraktion ein Start-up-Unternehmen aus diesem Bereich begrüßen und befragen. Es gibt beispielsweise das Unternehmen Marvel Fusion, das sich, wie von Kollege Duin dargestellt, mit der Fusion auseinandersetzt. Dabei geht es nicht um Kernfusion im klassischen Sinne, sondern in einer neuen Stufe um Laserfusion. Diese arbeitet mit Materialien, die eben nicht mit Radioaktivität in Verbindung stehen. Wenn diese Idee und Vision zu Ende gebracht werden kann, dann hätten wir tatsächlich die eierlegende Wollmilchsau. Wir hätten kostengünstigen Strom, der immer zur Verfügung stünde und abgerufen werden könnte. – Sehr geehrter Herr Minister, es wäre toll, wenn der Freistaat Bayern diese Unternehmen mit an die Hand nehmen und zumindest diese Idee begleiten würde. Wenn das Vorhaben am Ende gelingt, gibt es auch die Möglichkeit, durch das entsprechende Know-How die Energieversorgung für Bayern abzusichern.

Wer Klimaschutz ernst nehmen möchte, muss solche Möglichkeiten im Auge behalten. Es ist klar, dass Klimaschutz und Energieversorgung immer technologieoffen betrachtet werden müssen. Nur so kann am Ende auch ein Ergebnis herauskommen. Dieses Ergebnis unterstützen wir. Ich bin der Meinung, das energiepolitische Dreieck ist für uns das verbindliche Dreieck aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit, Klima- und Umweltschutz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Christian Zwanziger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Christian Zwanziger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Lesen des Titels der Aktuellen Stunde und beim Hören der Rede des Kollegen Hahn heute Morgen habe ich mich gefragt, von welcher Krise heute die Rede sein wird. Die Corona-Krise kann es nicht sein; Corona ist für Sie ja eine verstärkte Grippe. Die Klimakrise kann es auch nicht sein; Klimawandel gibt es für Sie ja nicht bzw. hat der Mensch an ihm keine Schuld.

(Zuruf)

Herr Kollege Hahn, heute Morgen haben Sie gesagt, das werde das traurigste Weihnachten, seit es in Bayern Ministerpräsidenten gebe. Wenn ich so etwas höre, dann frage ich mich schon, ob Sie im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst haben oder ob es seit 1918 aus Ihrer Sicht wirklich kein traurigeres Weihnachten gegeben hat.

(Zuruf)

Es gibt also eher eine Bildungskrise bei der AfD. Über diese können wir schon einmal reden, aber nicht über diese Aktuelle Stunde. Es hätte wichtigere Themen gegeben.

(Beifall)

Es freut mich, dem Kollegen König in weiten Teilen zustimmen zu können. Nur noch ein flammender Appell für den Ausbau der erneuerbaren Energien inklusive Windenergie hätte gefehlt!

(Unruhe)

Diese Debatte werden wir demnächst auch wieder im Ausschuss führen. Die 10-H-Regelung lässt grüßen.

– Kollege Kirchner, Sie haben Kollegin Steinberger zitiert, die sie gelobt hätte. Wir haben gerade noch einmal Rücksprache gehalten. Von einem Lob haben wir nichts gefunden.

(Zuruf)

Sie sind sehr feinfühlig und suchen das Lob bei uns; das lasse ich so stehen. Der Ausbau der Solarenergie, der Photovoltaik läuft in Bayern gut; beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Bereich Wind müssen wir mehr tun. Hier geht in Bayern gar nichts. Das verschlafen Sie.

Ich habe mir von älteren Kolleg\*innen berichten lassen, dass zu Beginn der Atomenergie in den 80er-Jahren behauptet worden sei, dass die Zähler abgeschafft würden, weil der Strom so billig sei. Hier glaubte man auch an die eierlegende Wollmilchsau. Meistens gibt es diese dann aber doch nicht. Anstatt von einer Kernfusion zu träumen, sollten wir mit dem arbeiten, was wir bereits haben. Sie haben viele Lösungen aufgezählt, beispielsweise auch im Hinblick auf die Bestrebungen der Universität Erlangen-Nürnberg. Lassen Sie uns hier ordentlich ausbauen! Packen wir es an, anstatt von eierlegenden Wollmilchsauen zu sprechen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zur Aktuellen Stunde der AfD: Aus meiner Sicht braucht es drei Dinge, um mit Krisen umzugehen: Vielfalt, Vorsorge und Solidarität.

Erstens zur Vielfalt, deren Wichtigkeit wir im Frühjahr gemerkt haben: Wenn wir Systemstabilität haben wollen, dann ist es risikoreich, auf ein einziges Pferd zu setzen. Das bedeutet, dass wir im Wald nicht auf Monokulturen, sondern auf Mischwälder setzen. Dass wir bei Lieferketten nicht auf einseitige Abhängigkeiten setzen sollten, das haben wir im Frühjahr gemerkt. Es ist auch eine wackelige Angelegenheit, wenn man wie Frankreich zu 75 % von Atomstrom abhängig ist. Das hat Kollegin Steinberger erwähnt. Wenn die S-Bahn nicht fährt, dann sind wir froh, dass es noch eine U-Bahn, eine Trambahn und Fahrradwege gibt. Vielfalt bedeutet für die Stromversorgung der Zukunft ein Zusammenspiel von Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Biogas und Wasser. Alles zusammen sorgt für Stabilität. Das verhindert Krisen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Wenn wir das mit dem europäischen Ausland und entsprechenden Speichern vernetzen – das wurde heute auch schon lobend erwähnt –, dann haben wir sehr viele Technologien zur Hand, die insgesamt für sehr viel mehr Sicherheit sorgen als die Luftschlösschen, die Sie von der AfD bauen.

Zweitens zur Vorsorge: Zum einen ist ein Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig. Das wurde schon gesagt. Alles, was man tun kann, wie zum Beispiel das Schaffen von Stromspeichern, Lastenabwürfen und Reservekraftwerken, ist nichts, was man fürchten muss. All das trägt zu einer Systemstabilität bei. Der Vorsorgegedanke besteht natürlich nicht nur auf der Anbieterseite, also seitens der Kraftwerke, er besteht aufseiten der Verbraucher. Das wurde auch schon erwähnt. Es gibt Notstromaggregate, Batterien und Taschenlampen für den Privathaushalt, wenn das Licht einmal ausgeht. Tun wir also nicht so, als ob wir kurz vor einem Desaster stünden, das so gar nicht kommt!

(Zuruf)

Drittens zur Solidarität: Solidarität ist ganz entscheidend! Das zeigt uns die Corona-Krise. Falls also das Szenario eintreten sollte, dass einmal der Strom, aus welchen

Gründen auch immer, ausfiele, dann kommt es darauf an, dass wir zusammenhalten. Wenn beispielsweise die Elektroheizung eines Nachbarn aus irgendeinem Grund ausfällt, dann lässt man diesen nicht frieren, sondern nimmt ihn bei sich auf. Es kommt darauf an, dass keine Lebensmittel oder Batterien, um einmal etwas Realistisches anzuführen, gehortet werden, sondern dass man sich gegenseitig hilft. Mit Solidarität, mit Vorsorge und mit Vielfalt kommen wir gut durch jede Krise!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber mit Solidarität, Vielfalt und Vorsorge hat die AfD nicht so viel am Hut. Ginge es nach mir, wäre es völlig in Ordnung, wenn irgendwelche Atomkraftwerke ähnlich wie das Kraftwerk in Kalkar zu Millionengräbern würden. Die haben Sie als Szenario der Zukunft beschrieben. Von mir aus können in Zukunft einzig und allein Parteien wie Ihre gespalten werden. Ansonsten können wir gerne auf 100 % erneuerbare Energien setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Uli Henkel (AfD):** Verehrtes Präsidium, lieber Herr Energiearchitekt Aiwanger, geschätzte Kollegen! In der Aktuellen Stunde zum Thema "Energieversorgungssicherheit" hat der Kollege Mannes zu den Grundlagen gesprochen. Ich zeige heute auf, was passieren kann, wenn diese aufgrund ideologischer Fehlentscheidungen nicht mehr gewährleistet ist und es deshalb zu einem Blackout kommen würde.

Die Politik hat sich unnötig übereilt von der Kernkraft verabschiedet und nun auch noch den Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen. Wir schalten also die besten und modernsten Kraftwerke ab und setzen alles auf eine Karte, wie auch bei der E-Mobilität. Künftig soll unsere Industrienation nur noch mit erneuerbaren Energien

versorgt und so die ganze Welt gerettet werden. Derweil werden rund um den Globus Dutzende neuer AKW und Hunderte von Kohlekraftwerken gebaut.

Was passiert aber nach Abschaltung unserer sichersten und effizientesten AKW Ende 2022? – Dann werden wir bei Sonne- und Windflaute zunächst Flatterstrom und anschließend möglicherweise Blackouts europaweiten Ausmaßes in Kauf nehmen müssen. In einer Drucksache des Deutschen Bundestages mit dem Titel "Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften – am Beispiel eines großräumigen Ausfalls der Stromversorgung" aus dem Jahr 2011, also sogar noch vor dem Ende des endgültigen Atomausstieges, heißt es in trockenen Worten: Ein lang andauernder Blackout wäre eine nationale Katastrophe, weil weder die Bevölkerung noch die Unternehmen oder gar der Staat hierauf vorbereitet sind.

Bei einem Stromausfall fielen zu Beginn die Kommunikationsnetze aus, wodurch die allermeisten Arbeitsprozesse erheblich erschwert würden. Der Ausfall von Ampeln und Beleuchtungen würde zeitgleich wohl die ersten Opfer fordern. Bereits am zweiten Tag müsste mit einem Sturm auf die Supermärkte gerechnet werden, wobei nur noch Bargeldzahlungen möglich wären, obwohl es zu diesem Zeitpunkt schon keine funktionierenden Geldautomaten mehr gäbe. Spätestens nach 48 Stunden ohne Strom würde sich die Lage exponentiell verschlimmern. Immer mehr Einrichtungen hätten mit ernsthaften Hygieneproblemen zu kämpfen, ob in der Lebensmittelindustrie, im Handel, in Krankenhäusern oder in Altenheimen. Überall würde eine fehlende Wasserversorgung und Kühlung zu zunehmender Seuchengefahr führen. Derweilen täte der Ausfall der Kläranlagen sein Übriges. Im Winter wären unsere Wohnungen schon bald eiskalt und oft kaum mehr bewohnbar. Nach wenigen Tagen fallen schließlich mangels Sprit die ersten Notstromaggregate in unseren Krankenhäusern etc. aus. Zusammen mit der einsetzenden Medikamentenknappheit ist ab diesem Zeitpunkt mit einem signifikanten Anstieg der Mortalität von alten und kranken Menschen in unserem Land zu rechnen. In den Folgetagen muss, bedingt durch den Ausfall von Sicherheitsanlagen und die allgemeine zunehmende Unsicherheit, von einem starken Anstieg der Kriminalität und

von Plünderungen ausgegangen werden. Nach einer Woche ohne Strom droht schließlich eventuell auch noch der GAU in den uns umgebenden, wesentlich unsichereren europäischen Atomkraftwerken.

An dieser Stelle beende ich nun meine Schilderungen, die leider keine Bavaria-Filmstudio-Fiktion sind, sondern ein Krisenszenario beschreiben, auf welches man aufgrund der unausgewogenen Energiewende unbedingt vorbereitet sein muss. Es ist ein Szenario, welches es durch entschiedenes politisches sowie technisches Gegensteuern zu verhindern gilt.

Geschätzte Kollegen, bevor Sie sich jetzt darüber erregen, dass wir alarmistisch agieren würden, sage ich Ihnen: Nein, es ist unsere verdammte Pflicht als Oppositionspartei, auf erkannte Missstände aufmerksam zu machen; denn verantwortungsvolle Politik muss schließlich handeln, noch bevor der Notfall eintritt, der nach Berechnungen deutlich mehr Tote fordern könnte als jetzt zum Beispiel COVID-19.

Ministerpräsident Söder sprach heute davon, dass die Wissenschaft die Diagnose, die Politik aber die Therapie liefern müsse. Deshalb möchte ich Sie daran erinnern, dass bereits 2012 ein konkreter Notfallplan für Pandemien erarbeitet worden ist, dessen Empfehlungen jedoch leider nie umgesetzt wurden, weshalb unser Land im März 2020 epidemiologisch getaumelt ist wie ein Dritte-Welt-Land.

Geschätzte Kollegen, das alles wissen Sie. Helfen Sie also bitte auch mit, unser Bayern vor einer solchen stromausfallbedingten Katastrophe zu bewahren. Schleswig-Holstein lässt in diesen Tagen jeder Kommune zwei Notstromaggregate zukommen. Das zeigt mir, dass einige klügere Köpfe die Gefahr schon erkannt haben, auch wenn diese Anschaffungen doch lediglich die Hilflosigkeit der Akteure dokumentieren.

Ich komme zum Schluss. Landtag und Staatsregierung sind dringlichst aufgefordert, in ihrer Verantwortung gegenüber der bayerischen Bevölkerung diesen einseitigen und damit verhängnisvollen Weg zu revidieren. Selbst Klimaaktivisten müssten ein Interesse an einer Modifizierung der Energiewende haben, denn schlussendlich nützt

nichts deren Ansinnen weniger als das gerade geschilderte Szenario. Danach würde sicher niemand mehr für die erneuerbaren Energien erwärmbar sein.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Henkel, denken Sie bitte an Ihre Maske. – Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.